
Vorsitz: Monaco**774. PLENARSITZUNG DES FORUMS**1. Datum: Mittwoch, 10. Dezember 2014

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 12.15 Uhr

2. Vorsitz: C. Braquetti3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:Punkt 1 der Tagesordnung: ERÖRTERUNG DER ERGEBNISSE DES
MINISTERRATS 2014 IN BASEL

Vorsitz, Italien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/209/14), Schweiz, Vereinigte Staaten von Amerika, Russische Föderation

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Die Lage in der und rund um die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/208/14), Italien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/210/14), Vereinigte Staaten von Amerika, Russische Föderation (Anhang 1) (FSC.DEL/212/14 Restr.), Deutschland, Lettland, Kanada, Österreich

- (b) *Finanzieller Beitrag zum Treuhandfonds für Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition: Deutschland (Anhang 2), Bosnien und Herzegowina (Anhang 3), Tschechische Republik (Anhang 4), Montenegro (Anhang 5), FSK-Koordinator für Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Vereinigte Staaten von Amerika)*

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 17. Dezember 2014, 10.30 Uhr im Neuen Saal

774. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 780, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

(Bild 1) wir halten es für notwendig, unseren Partnern in Fortführung unserer vor einigen Wochen erfolgten Präsentation unsere Sicht der Dinge hinsichtlich der destabilisierenden Anhäufung von Waffen in der Ukraine und der Folgen ihres Einsatzes durch offizielle Kiewer Stellen in den Monaten Oktober und November darzulegen.

(Bild 2) Trotz der im September in Minsk erzielten Vereinbarungen, unter anderem über eine Waffenruhe, müssen wir feststellen, dass Kiew von seinen Plänen einer gewaltsamen Niederwerfung der Volksrepubliken Donezk (DNR) und Lugansk (LNR) nicht abgerückt ist. Davon zeugen die allgemeine Verstärkung der ukrainischen Truppen-gruppierung, der Nationalgarde und der Landwehrebataillone, die laufend versuchten Offensiven zur Einnahme günstigerer Stellungen und der regelmäßige Beschuss sowohl von Stellungen der Volkswehr als auch von Wohnvierteln und ziviler Infrastruktur in Orten der DNR und der LNR.

(Bild 3) Nach Analyse der Lage und angesichts der Tatsache, dass zur Lösung eines innenpolitischen Konflikts militärische Methoden angewendet werden und die offiziellen Kiewer Stellen mit Streitkräften gegen die Zivilbevölkerung vorgehen, betrachten wir nach wie vor alle Waffen, über die die Ukraine verfügt, als destabilisierend.

Wir stellen fest, dass Kiew die destabilisierende Anhäufung von Waffen durch inländische Produktion und Ankäufe fortsetzt.

(Bild 4) So haben die wichtigsten ukrainischen Waffenanbieter – Ukroboronprom, Ukroboronservice und Ukrinmasch – in der ersten Hälfte des Jahres 2014 im Inland militärische Güter im Wert von 85 Millionen Griwna (rund 6,5 Millionen US-Dollar) verkauft. Es wurden 35 900 Sturmgewehre vom Typ AKM, 1 237 Granatwerfer vom Typ RPG-7W, rund 5 000 luftgestützte Raketen und 60 Panzerabwehr-Raketensysteme vom Typ „Fagott“ verkauft. Das Unternehmen Promoboronexport verkaufte 10 Schützenpanzer vom Typ BTR-70 und 23 unbemannte Flugkörper vom Typ „Reis“.

Der stellvertretende Direktor der Abteilung Entwicklung und Beschaffung von Waffen und militärischer Ausrüstung des ukrainischen Verteidigungsministeriums, I. Odnoralow, gab am 10. September bekannt, er rechne mit der Lieferung von 145 Stück neuer militärischer Ausrüstung sowie von 2 000 Wärmebildkameras und 200 Garnituren nachrichtentechnischer Spezialausrüstung.

Ende Oktober kauften die ukrainischen Streitkräfte Waffen und Ausrüstung im Wert von über 150 Millionen Griwna (rund 11,5 Millionen US-Dollar) an.

Im November wurden der im Südosten des Landes kämpfenden ukrainischen Nationalgarde modernisierte Panzer vom Typ T-64 „Bulat“ geliefert.

Mitte November berichtete der Pressedienst des ukrainischen Verteidigungsministeriums über Maßnahmen zur Indienststellung von 203-mm-Selbstfahraubitzen vom Typ 2S7 „Pion“, die derzeit gegen die DNR und die LNR eingesetzt werden.

Nach den Worten des Beraters des ukrainischen Innenministers, S. Schkirjak, kaufte die Ukraine Anfang November in nur einer Woche schwere Waffen im Gesamtwert von 1 Milliarde Griwna (rund 64,5 Millionen US-Dollar) zur Durchführung der „Sonderoperation“ im Donbass an.

Am 6. November gab der Pressedienst des ukrainischen Verteidigungsministeriums bekannt, dass geplant sei, bis Ende 2014 Waffen und militärische Ausrüstung im Wert von 792 Millionen Griwna (rund 60 Millionen US-Dollar) anzuschaffen.

(Bild 5) Wir möchten betonen, dass Kiew nicht nur eine destabilisierende Anhäufung von Waffen vornimmt, sondern die angehäuften Waffen auch in destabilisierender Weise einsetzt. In erster Linie seien hier die zahlreichen Opfer unter der Zivilbevölkerung erwähnt, die der Einsatz von Waffen durch die ukrainischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte fordert.

Nach vorsichtigen Berechnungen der Vereinten Nationen wurden bis 11. November im Zuge der Kampfhandlungen in der Ukraine 4 132 Menschen getötet und 9 747 verletzt, wobei erst nach Abschluss der Waffenruhevereinbarung im Zeitraum vom 6. September bis 18. November 957 Menschen getötet wurden, darunter 119 Frauen und 8 Kinder.

(Bild 6) Im Folgenden eine bei Weitem nicht vollständige Aufzählung von Ereignissen in den Monaten Oktober und November, bei denen in der DNR und der LNR Zivilisten infolge des Beschusses durch die ukrainische Seite ums Leben kamen.

Am 13. Oktober wurden beim Beschuss von Donezk durch ukrainische Einheiten elf Zivilisten getötet.

Im Oktober starben in Donezk beim Einschlag eines Geschosses in den Hof der Schule Nr. 57 vier Personen.

Der Beschuss von Donezk mit Streumunition aus Stellungen der ukrainischen Truppen in Awdejewka und Peski Anfang Oktober führte zum Tod eines Mitarbeiters des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz.

(Bild 7) Der Einsatz von Streumunition durch die ukrainischen Truppen wurde unter anderem von der internationalen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch bestätigt. Nach ihren Angaben wurde Donezk im Oktober von ukrainischen Truppen unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern vom Typ „Uragan“ und „Smertsch“ beschossen. Außerdem dokumentierte diese Organisation den Beschuss von Donezk, Makejewka, Ilowaisk und Nowoswetlowka (Oblast Lugansk) mit Streumunition „aus Gebieten, die sich unter der Kontrolle der Regierungstruppen befanden“. Die Vereinten Nationen haben bereits die rasche Aufklärung aller Fälle, in denen Streumunition eingesetzt wurde, verlangt.

(Bild 8) Am 6. November beschossen ukrainische Truppen, die im Gebiet von Awdejewka und Peski (nahe dem Flughafen von Donezk) stationiert waren, den Sportplatz der Schule Nr. 63 in Donezk. Dabei wurden zwei Schüler getötet und mehrere verletzt.

(Bild 9) Am 14. November wurde bei einem Posten der Verkehrspolizei an der Straße Gorlowka-Jassinowataja eine Frau getötet. Am selben Tag kamen in einem Wohnviertel von Gorlowka sechs Personen, darunter zwei Kinder, ums Leben.

Am 19. November wurden in Donezk zwei und in Orten der LNR sieben Zivilisten getötet, darunter zwei Kinder.

Ganz zu schweigen von den zahlreichen Verletzten.

(Bild 10) Darüber hinaus beschießen ukrainische Truppenformationen Krankenhäuser, Wohnhäuser und zivile Infrastruktureobjekte mit Artillerie; Zivilisten müssen deshalb ohne medizinische Hilfe, Wohnraum, Gas, Trinkwasser und elektrischen Strom auskommen und es wird eine humanitäre Katastrophe heraufbeschworen.

Nach Angaben der Beobachtermission der OSZE waren mit Anfang November allein in Lugansk rund 2 400 Häuser durch Einschüsse beschädigt und reparaturbedürftig.

Die Menschen sind gezwungen, ihre ständigen Wohnsitze zu verlassen und in der Russischen Föderation, in Belarus und in anderen Gebieten der Ukraine Zuflucht zu suchen. Dieser Massenzustrom von Menschen wirkt in den angrenzenden Gebieten destabilisierend. Es sei darauf hingewiesen, dass die Zahl der Flüchtlinge in Russland (rund 900 000) die Anzahl der Vertriebenen auf ukrainischem Hoheitsgebiet (rund 467 000) um fast das Doppelte übersteigt.

(Bild 11) Wir machen darauf aufmerksam, dass die ukrainischen Behörden radikalen Nationalisten und kriminellen Elementen Waffen aushändigen; aus ihren Reihen werden Landwehrbataillone und Einheiten der Nationalgarde gebildet, wovon schon die Rede war. Die Folgen dieser Bewaffnung haben zweifellos destabilisierenden Charakter.

So wurden Ende September im Dorf Kommunarka und in der Siedlung Nischnjaja Krynka (auf dem Gelände des Bergwerks Nr. 22) in der Oblast Donezk die vergrabenen Leichen von fünf bzw. vier Personen entdeckt, darunter eine Frau, die Folterspuren aufwies. Zuvor war an diesen Orten das Bataillon „Aidar“ stationiert. Dass die Leichen hier vergraben wurden, wurde von OSZE-Vertretern bestätigt.

Der lettische Menschenrechtsaktivist Einārs Graudiņš, der Ende September als Mitglied einer achtköpfigen internationalen Expertengruppe mehrere Fundorte besuchte, stellte fest: „Derzeit befinden sich allein in den Leichenhallen von Donezk 400 nicht identifizierte Tote. Ihre Zahl wird sich wohl noch erhöhen, wenn an den Fundorten weitere Exhumierungen vorgenommen werden.“

Die Tatsache, dass die Nationalisten über Waffen – darunter auch schwere – verfügen, hat auch auf die Lage in anderen ukrainischen Regionen einen destabilisierenden Einfluss.

Angehörige der Landwehrebataillone beteiligen sich an gewaltsamen Enteignungen und Überfallkommandos. So erstürmten am 4. November Angehörige des Bataillons „Aidar“ einen Hubschrauberlandeplatz in Kiew. In der Nacht auf den 9. November verbarrikadierten sich Kämpfer dieses Bataillons im Gebäude des Aluminiumkombinats von Saporoschje. Am 10. November besetzten Kämpfer des Bataillons „Asow“ gewaltsam ein Büro des Unternehmens Mariupolteploset und erzwangen einen Direktorenwechsel.

Sogar einzelne Vertreter ukrainischer Behörden erkennen die Gefahr einer Destabilisierung der Lage im Land durch bewaffnete Nationalisten der sogenannten Freiwilligenbataillone. Der Kiewer Staatsanwalt S. Juldaschew bezeichnete die Aktionen der Kämpfer dieser paramilitärischen Einheiten in Kiew als Selbstjustiz und gesetzloses Vorgehen und äußerte die Befürchtung, das Bataillon „Aidar“ könnte einen Militärputsch inszenieren.

(Bild 12) Der ukrainische Generalstaatsanwalt W. Jarema stellt fest, dass aus dem Gebiet im Südosten der Ukraine, in dem Kiew seine gewaltsame Operation durchführt, illegal Waffen ausgeführt werden, insbesondere Sturmgewehre und Granatwerfer, die dann von kriminellen Vereinigungen verwendet werden, wie es beispielsweise beim Überfall von Kriminellen auf einen Geldtransport in der Oblast Poltawa der Fall war.

(Bild 13) Bewaffnete Nationalisten üben einen bedeutenden politischen Einfluss auf die legislative und die exekutive Gewalt in Kiew aus. Unter ihrem Druck wurde der ukrainische Nationalfeiertag, der Tag der Verteidiger des Vaterlandes, auf den 14. Oktober verlegt, den Gründungstag der Ukrainischen Aufständischen Armee, die für ihre Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Deutschland während des Zweiten Weltkriegs und für die Organisation des Massakers von Wolhynien bekannt ist, bei dem auf dem Gebiet der heutigen Ukraine über 100 000 Polen, Juden und Russen vernichtet wurden. Die Verlegung des Feiertags konnte bei jenen Menschen in der Ukraine, die die nationalsozialistische Ideologie nicht teilen, nur massive Missbilligung hervorrufen.

Und dieser Druck wird angesichts des Ergebnisses der jüngsten Parlamentswahl in der Ukraine wahrscheinlich noch zunehmen, kamen dabei doch mehrere nationalistisch gesinnte Feldkommandeure sowie Vertreter der Radikalen Partei von O. Ljaschko (22 Sitze), der Partei „Swoboda“ (6 Sitze), des „Rechten Sektors“ (1 Sitz) und anderer nationalistischer Bewegungen in die Werchowna Rada.

(Bild 14) Destabilisierend wirkt auch die Präsenz ausländischer Söldner in den ukrainischen Verteidigungs- und Sicherheitskräften, die nicht nur ukrainische Einheiten ausbilden, sondern auch selbst aktiv an Kampfhandlungen teilnehmen. Zusätzlich zu den von uns schon früher genannten Beispielen seien noch zwei Namen erwähnt: Giorgi

Bezhanishvili (ein georgischer Staatsbürger) und Saber Saboorgharabaghlo (ein bulgarischer Staatsbürger, sein Reisepass ist auf dem Bild zu sehen).

Am 29. Oktober erklärte der nun in Litauen lebende schwedische Aktivist und Regisseur Jonas Öhman, bei einer im litauischen Seimas abgehaltenen Konferenz zur Ukraine sei öffentlich bestätigt worden, dass Soldaten der litauischen Armee in der Ukraine kämpfen.

Es besteht die Gefahr, dass die Präsenz von Söldnern in der Ukraine noch weiter zunimmt. So erklärte Mitte September der Kommandeur des Bataillons „Donbass“, Semjon Sementschenko (auch unter dem Namen Konstantin Grischin bekannt), nach einem Treffen mit amerikanischen Politikern in Washington, er habe mit pensionierten Instruktoern aus den USA vertraglich vereinbart, dass sie in der Ukraine Kämpfer nach dem System der United States Navy SEALs ausbilden würden.

(Bild 15) Die Ukraine bemüht sich aktiv darum, die von ihr benötigten militärischen Güter im Ausland zu beschaffen. Einige Teilnehmerstaaten liefern sie trotz des eindeutig destabilisierenden Charakters solcher Geschäfte.

Wie der Berater des ukrainischen Innenministers, S. Schkirjak, auf Facebook behauptet, haben westliche Länder mit der Lieferung hochmoderner Waffen begonnen und werden die ukrainischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte schon bald mit dem Einsatz von neuer Artillerieausrüstung, Scharfschützengewehren, Geländefahrzeugen sowie modernen Präzisionsgeräten zur Zielverfolgung und Feuerleitung beginnen.

(Bild 16) Im Juni wurden in der bulgarischen Fabrik VMZ 6 000 Stück thermobarische Munition für den Granatwerfer RPG-7W zur anschließenden Lieferung an die staatliche ukrainische Gesellschaft Ukrspezexport erzeugt.

Im ebenfalls bulgarischen Unternehmen „Arsenal“ wurden 20 000 Kalaschnikow-Sturmgewehre hergestellt, die Ende Oktober dem ukrainischen Verteidigungsministerium übergeben werden sollten.

(Bild 17) Im Oktober erklärte der stellvertretende Verteidigungsminister der USA für internationale Sicherheit, Derek Chollet: „Poroschenko bat uns um todbringende Hilfe. Wir haben uns vorerst dagegen entschieden. Wir arbeiten aber an einem Programm, das darauf hinauslaufen könnte.“ Dieses Geständnis erfolgte zeitgleich mit einer offiziellen Erklärung Washingtons, dass der Ukraine 46 Millionen US-Dollar für Verteidigungs- und Sicherheitszwecke zur Verfügung gestellt würden. Chollet dazu: „Wir arbeiten an der Wiederherstellung der ukrainischen Seestreitkräfte.“

Am 20. November erklärte der stellvertretende Berater des US-Präsidenten für nationale Sicherheit, T. Blinken, in einer Rede vor dem Senat, man müsse die Möglichkeit der Lieferung „tödlicher Verteidigungswaffen“ an die Ukraine prüfen.

Der Kommandeur des Bataillons „Donbass“, Semjon Sementschenko, betrieb in Washington Lobbying für die Annahme von Gesetzesentwürfen über militärische Soforthilfe an die Ukraine im Gesamtwert von 100 Millionen US-Dollar durch den US-Kongress.

Gemäß einem Abkommen zwischen Kiew und Washington werden die USA die Ukraine bei Gesprächen mit Tschechien über die Lieferung von militärischen Gütern unterstützen. Die US-Botschaft in Prag führt bereits Konsultationen mit dem tschechischen Außenministerium und dem tschechischen Verteidigungsministerium über die Möglichkeit direkter ukrainisch-tschechischer Gespräche betreffend die Lieferung von Militärgütern an Kiew. Es geht dabei auch um eine mögliche Beteiligung Polens, der Slowakei und Ungarns an dem Geschäft, falls die tschechische Seite die gewünschten Artikel nicht liefern kann und eine Nachbestellung durch die Ukraine erforderlich ist.

(Bild 18) Zwischen der Ukraine und Litauen wurde ein Vertrag über die Lieferung einer Partie gebrauchter Rotorblätter für Hubschrauber vom Typ Mi-24 durch das Flugzeugreparaturwerk Kaunas geschlossen. Trag- und Heckrotorblätter und Schneckengetriebe für Hubschrauber werden auch in Lettland, Estland, Afghanistan, Georgien und Aserbaidschan angekauft.

(Bild 19) Im Oktober gab der neue NATO-Generalsekretär J. Stoltenberg die Einrichtung eines Fonds für freiwillige Spenden in den Ländern der Allianz bekannt, mit denen der Ukraine bei der Modernisierung ihrer Streitkräfte geholfen werden soll.

Auf Weisung der ukrainischen Präsidentschaftsverwaltung erstellt das ukrainische Verteidigungsministerium eine Liste von militärischen Gütern (im Wesentlichen Zielgeräte, Navigationsmittel und Kommunikationssysteme), die – unter anderem im Ausland – angeschafft werden sollen.

Das ukrainische Verteidigungsministerium hat auch eine eigene Bestellung über 550 Detektoren für chemische Kampfstoffe und 200 Regenerierpatronen für isolierende Schutzmasken ausgearbeitet. Diese Bestellung lässt befürchten, dass möglicherweise geplant ist, im Konfliktgebiet chemische Waffen einzusetzen oder Objekte der chemischen Industrie auf dem Gebiet der DNR und der LNR anzugreifen.

Das ukrainische Verteidigungsministerium ersuchte die USA, Kanada, Großbritannien, Japan, die Schweiz, Lettland, Frankreich, Norwegen, Finnland, Rumänien und Bulgarien offiziell um Hilfe für die nationalen Streitkräfte.

(Bild 20) Daraufhin wurden unter anderem folgende Hilfspakete geliefert oder zugesagt:

USA:

- Es wurden zwei Verträge über einen Gesamtbetrag von 5 262 697 US-Dollar betreffend die Lieferung von Kommunikationsmitteln und anderer Ausrüstung (Tornisterfunkgeräte RF-7850M – 80 Stück, Helme – 100 Stück, Tarnausrüstung – 9 000 Garnituren) unterzeichnet, sowie ein Zusatz zu diesen Verträgen über 1 790 423 US-Dollar für die Lieferung von 96 Funkgeräten RF-7850M.
- Es wurde ein Vertrag über 978 616 US-Dollar für die Lieferung von fünf Entminungsgarnituren unterzeichnet.

- Es wurde ein Vertrag über 2 972 003 US-Dollar für die Lieferung von 1 000 Helmen und 2 000 kugelsicheren Westen unterzeichnet.
- Die Ukraine erhielt zwei robotergestützte Entminnungssysteme im Gesamtwert von 276 518 US-Dollar.
- Die Ukraine erhielt einen Gerätesatz für die Schnellanalyse von chemischen Stoffen im Wert von 515 386 US-Dollar.

Aus den USA wurden bereits 176 moderne Funkgeräte-Garnituren, 150 Zielfernrohre und 150 Wärmebildkameras geliefert. 285 Nachtsichtgeräte stehen zum Versand in die Ukraine bereit.

Ein Ersuchen um Finanzierung und Organisation der Instandsetzung ukrainischer Hubschrauber vom Typ Mi-8 und Mi-24 und betreffend den Ankauf von Nachtsichtgeräten AN/PVS-7B/D wird von den USA geprüft.

Die Lieferungen erfolgen im Rahmen des US-Programms „Foreign Military Financing“, das eine Übergabe ohne Gegenleistung vorsieht.

(Bild 21)

Tschechien:

- Es wird die Möglichkeit geprüft, der Ukraine Ersatzteile für Hubschrauber vom Typ Mi-8 und Mi-24 zur Verfügung zu stellen.
- Eine Partie von Übungskampfflugzeugen L-39C, die in weiterer Folge in den Flugzeugfabriken Odessa und Tschugujew in leichte Kampfflugzeuge vom Typ L-39ZO umgebaut werden sollen, steht vor dem Verkauf an die Ukraine.

Frankreich:

- Zugesagt wurde die Lieferung von 2 500 Garnituren taktischer Ausrüstung.

(Bild 22) Die Lieferung von militärischen Gütern in die Ukraine erfolgt auch über illegale Kanäle unter aktiver Beteiligung Polens.

So kaufen etwa die Kiewer Behörden Waffen und militärische Ausrüstung in den EU-Staaten über verschiedene europäische Privatfirmen unter Verwendung eines polnischen Endabnehmerzertifikats an. Um den illegalen Weitertransport der militärischen Güter in die Ukraine zu verschleiern, legt Polen gefälschte, von diplomatischen Vertretungen Polens beglaubigte afghanische oder irakische Bescheinigungen vor.

Die auf diese Weise beschafften Waffen werden in das polnische Grenzgebiet zur Ukraine gebracht und dann in 20-Tonnen-Containern auf Fahrzeugen (jeweils zwei bis drei Fahrzeuge) in der Nacht über die polnisch-ukrainischen Grenzübergänge Jagodin, Schegini, Rawa-Russkaja und Krakowez auf ukrainisches Hoheitsgebiet transportiert.

(Bild 23) Im Rahmen polnisch-ukrainischer Verträge werden nach einem ähnlichen System aus Tschechien über Offshore-Firmen – unter anderem zyprische – 35 000 Sturmgewehre CZ.58, über 600 Granatwerfer RPG-7, 30 Stück 82-mm-Mörser und 2 000 dazugehörige Geschosse, 10 000 Kalaschnikow-Sturmgewehre unterschiedlicher Bauart, über 5 Millionen Patronen und ein tragbares Flugabwehrsystem vom Typ „Grom“ geliefert.

(Bild 24) Kiew sagt ganz offen, dass es die in Minsk vereinbarte Waffenruhe für eine Umgruppierung seiner Truppen zur Lösung militärischer Aufgaben nützt.

Am 24. Oktober erklärte der ukrainische Präsidentenberater J. Luzenko im Fernsehen: „Die Waffenruhe und die Herstellung von Frieden kommt uns ausdrücklich zugute. Alle vier Panzerfabriken arbeiten in drei Schichten. Einige Hundert von Grund auf instandgesetzte Panzerfahrzeuge wurden in dieser Zeit in das Gebiet der Antiterroroperation gebracht. Wir brauchen die Waffenruhe, um uns sowohl Präzisionsgeräte als auch militärische und finanzielle Hilfe aus dem Westen zu beschaffen.“

Im selben Sinne äußerte sich am 2. und 7. November im staatlichen Fernsehen der Berater des Leiters des ukrainischen Sicherheitsdienstes, M. Lubkiwski: „Früher oder später müssen wir sehr aktiv zu handeln beginnen. ... Ich glaube, wir können diesen Krieg nach dem ‚kroatischen Szenario‘ gewinnen. 1991 begann Kroatien einen Krieg, den es 1995 dank erfolgreicher Sonderoperationen gewann.“

(Bild 25) Dass sich ukrainische Truppenformationen auf einen Angriff vorbereiten, bezeugen nicht nur die Erklärungen offizieller Kiewer Stellen, sondern auch die laufende Verstärkung der ukrainischen Gruppierung im Konfliktgebiet, von der heute schon die Rede war.

In diesem Zusammenhang kann man mit Sicherheit sagen, dass die Lieferung militärischer Güter in die Ukraine durch die Partner eindeutig destabilisierenden Charakter hat und zur Wiederaufnahme umfangreicher Kampfhandlungen, zu massiven Verlusten unter der Zivilbevölkerung sowie zur Zerstörung von Wohnhäusern, medizinischen, schulischen und anderen administrativen Einrichtungen und von ziviler Infrastruktur in der DNR und der LNR führt.

(Bild 26) Wir rufen die Teilnehmerstaaten erneut dazu auf, bis zur vollständigen Normalisierung der Lage keine militärischen Güter in die Ukraine zu exportieren und sich nach Kräften für eine politische Lösung des innerukrainischen Konflikts, unter anderem auch für die strikte und vollständige Einhaltung der Minsker Vereinbarungen, einzusetzen.

(Bild 27) Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche, diese Erklärung dem heutigen Sitzungsjournal als Anhang beizufügen.

774. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 780, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

zuletzt hat Deutschland vor einigen Wochen den „Ukraine Disarmament and Non-Proliferation Fund“ mit einem Beitrag von einer Million Euro gefördert.

Veraltete Munition, unzureichende Lagerstätten und veraltete Waffensysteme stellen für die Menschen in vielen Ländern eine heimtückische Gefahr dar.

Wie Sie sich sicher erinnern, hat in der Vergangenheit eine Gruppe von Staaten regelmäßig um Unterstützung bei der Vernichtung von alten Waffen und Munitionsbeständen und der Sicherung von Lagerstätten gebeten. Diese Projekte, mit der Projektnummer 1100745, werden von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zusammen mit nunmehr einer großen Anzahl von Geldgebern unterstützt.

Es freut mich, dass ich Ihnen heute mitteilen kann, dass die Bundesrepublik Deutschland sich erneut an der Förderung eines Klein- und Leichtwaffenprojekts beteiligen wird; diesmal ist es uns möglich, in den Trust Fund einzuzahlen.

Das OSZE-Projekt wird mit einer Summe von 650 000 Euro von Deutschland im Jahr 2015 gefördert. Wir werden damit unter anderem ein Projekt in Bosnien und Herzegowina mit Teilen dieses Geldes finanzieren und damit zur Steigerung der Sicherheit in der Region beitragen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

774. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 780, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION VON BOSNIEN UND HERZEGOWINA**

Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Delegation von Bosnien und Herzegowina möchte die Gelegenheit nutzen und Deutschland für seine Zusage von weiteren Mitteln für das Projekt Aufrüstung der Sicherheitseinrichtungen von Munitions- und Waffenlagerungsstätten in Bosnien und Herzegowina danken.

Mit diesem laufenden Projekt, das gemeinsam vom Verteidigungsministerium von Bosnien und Herzegowina, der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, UNDP und den Einsatzkräften der Europäischen Union (EUFOR) durchgeführt wird, soll die Sicherheitsinfrastruktur von Munitions- und Waffenlagerungsstätten in Bosnien und Herzegowina verbessert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir möchten Ihnen versichern, dass Bosnien und Herzegowina ein glaubwürdiger Partner und vollwertiger OSZE-Teilnehmerstaat ist. Als solcher bekennen wir uns dazu, die bestmöglichen Modelle für unsere eigene Sicherheit zu ermitteln und den internationalen Verpflichtungen nachzukommen, die wir gegenüber der OSZE und ihren Teilnehmerstaaten eingegangen sind.

Herr Vorsitzender,

abschließend möchten wir dem Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation, dem Konfliktverhütungszentrum und dem FSK-Koordinator für Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition dafür danken, dass sie mitgeholfen haben, dieses Projekt zu ermöglichen.

Herr Vorsitzender, ich möchte höflich ersuchen, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Ich danke Ihnen.

774. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 780, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK**

Herr Vorsitzender,

die Tschechische Republik möchte Folgendes bekanntgeben:

Die tschechischen Behörden haben mehrere Projekte betreffend die Verpflichtung der OSZE-Teilnehmerstaaten zur sicheren Lagerung von Munition und Ausrüstung und damit zusammenhängende Entmilitarisierungsprojekte aufmerksam verfolgt und auch unterstützt.

Ich freue mich, Ihnen heute mitteilen zu können, dass die Tschechische Republik im Zusammenhang mit der nötigen Aufrüstung von Lagereinrichtungen für Kleinwaffen und leichte Waffen und für Lagerbestände konventioneller Munition in Montenegro beschlossen hat, einen Beitrag in Höhe von 20.000 Euro zu dem betreffenden OSZE-Projekt zu leisten.

Es handelt sich dabei um ein außerbudgetäres Projekt (Projekt Nr. 2700240) zur Umsetzung der MONDEM-Programmkomponente „Unbrauchbarmachung von SALW (konventioneller Munition)“ als Bestandteil der laufenden Projektaktivitäten, durch die die nationale physische Sicherheit durch die Verwaltung von SALW-Lagerbeständen in Montenegro verbessert werden soll.

Ich möchte darum ersuchen, diese Erklärung dem Journal dieser Sitzung als Anhang beizufügen.

774. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 780, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION MONTENEGROS**

Montenegro begrüßt die Tschechische Republik im Klub der Beitragsleister zum MONDEM-Programm, und wir sind für diesen großzügigen Beitrag sehr dankbar.

Dieser Beitrag ist das Ergebnis der fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen der Tschechischen Republik und Montenegro im Sicherheitsbereich.

Aufgrund der Tatsache, dass überschüssige Kampfmittel eine der größten Gefahren für unsere innere Sicherheit darstellen, bemüht sich das Verteidigungsministerium von Montenegro laufend um die Vernichtung von Munition und die Verbesserung ihrer Lagerbedingungen. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass der von unterstützenden Partnern geleisteten Hilfe dabei große Bedeutung zukommt.

Wenn das MONDEM-Programm erfolgreich abgeschlossen werden soll, ist es unerlässlich, dass Mittel für die Fortsetzung der geplanten Aktivitäten in seiner dritten Phase bereitgestellt werden.

Herr Vorsitzender,

erlauben Sie mir, Ihnen kurz den aktuellen Stand des MONDEM-Programms und anderer Aktivitäten zum Aufbau von Lagerkapazitäten zu erläutern.

Derzeit läuft die dritte Teilphase der dritten Phase der Vernichtung von Kampfmitteln. Bisher wurden 30 der geplanten 719 Tonnen Kampfmittel vernichtet.

Zum Aufbau von Lagerkapazitäten ist zu berichten, dass am 14. November in der Lagerungsstätte Brezovik drei Einrichtungen offiziell eröffnet wurden, von denen jede über eine Kapazität von 400 Tonnen verfügt. Diese Lagereinrichtungen wurden im Rahmen des MONDEM-Programms mit EU-Unterstützung errichtet.

An drei weiteren Einrichtungen wird gearbeitet; voraussichtlicher Fertigstellungstermin ist Januar 2015.

Ich möchte der Tschechischen Republik noch einmal danken und die Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass über die OSZE weiter Beiträge zum MONDEM-Programm geleistet werden, damit wir das Programm erfolgreich zu Ende bringen und dieses wichtige Kapitel für die Sicherheit und Stabilität in Montenegro und in der Region schließen können.